

Das Orakel der Maisfelder. Oder: wie der Iowa-Caucus wirklich funktioniert*

Heiko Holste

„Es ist alles *Jimmy Carters* Schuld.“

Hugh Winebrenner

Alle vier Jahre richten sich die Blicke der politischen Welt auf den mittleren Westen der Vereinigten Staaten, nach Iowa. In dem ländlichen Bundesstaat, in dem im Sommer die Maisfelder blühen und im Winter der Schnee oft meterhoch liegt, beginnt traditionell die Auswahl der amerikanischen Präsidentschaftskandidaten. In Schulen und Sporthallen kommen dann die Anhänger der Demokratischen und der Republikanischen Partei zu einem Ritual zusammen, das von den einen als archaisch und manipulativ kritisiert, von den anderen als Inbegriff der Basisdemokratie gefeiert wird: zum Caucus. Die Ergebnisse dieser Versammlungen sind der erste Fingerzeig darauf, wie die Chancen der Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur wirklich stehen. Was dabei allerdings genau passiert, ist selbst professionellen Beobachtern nicht immer klar. Wissenschaftler schreiben von „de facto undurchschaubare(n) Regeln“¹ und TV-Talklegende *Larry King* räumte ein: „Ich habe den Iowa-Caucus nie verstanden.“² Grund genug also, zu klären, warum dieses Ereignis so große Beachtung findet, wie es in der Praxis wirklich funktioniert und warum es so umstritten ist. Und es wird gezeigt, warum trotz vieldiskutierter Alternativen der Iowa-Caucus auch 2012 wieder stattfindet und diesmal besonders wichtig werden könnte.

1. Drei Gründe für einen Mythos

Drei Faktoren haben den Iowa-Caucus zum Mythos gemacht: sein Zeitpunkt, seine Wahlkampfführung und die Signalwirkung seiner Ergebnisse.

1.1. Der Zeitpunkt: „First-in-the-nation“

Die Menschen in Iowa sind stolz darauf, die ersten zu sein, die bei der Auswahl der Präsidentschaftskandidaten zu Wort kommen. Dass in Iowa begonnen wird, ist indes ein historischer Zufall. Es war die Nebenfolge eines Reformprozesses, der die Kandidatenaufstellung

* Dieser Aufsatz entstand während eines Forschungsaufenthalts am BMW Center for German & European Studies der Edmund A. Walsh School of Foreign Service der Georgetown University, Washington DC, dessen Direktor *Jeff Anderson* der Autor für die Gastfreundschaft vielmals dankt.

1 *Peter Filzmaier / Fritz Plasser*, Politik auf amerikanisch. Wahlen und politischer Wettbewerb in den USA, Wien 2005, S. 53.

2 Zitiert nach *David D. Redlawsk / Caroline J. Tolbert / Todd Donovan*, Why Iowa? How Caucuses and Sequential Elections Improve the Presidential Nominating Process, Chicago / London 2011, S. 45. Sämtliche Übersetzungen im Text stammen vom Autor.

demokratischer machen sollte und dem sich Iowa nicht angeschlossen hat.³ Während die meisten Kandidaten für öffentliche Ämter in den Vereinigten Staaten in direkten Vorwahlen („primaries“) bestimmt werden, werden die Präsidentschaftskandidaten von Parteitag („national conventions“) nominiert. Um den Anhängern der Parteien mehr Einfluss auf die Nominierung zu geben, werden seit 1972 in den meisten Bundesstaaten Vorwahlen durchgeführt, bei denen kandidatengebundene Parteitagsdelegierte bestimmt werden.⁴ Iowa hingegen gehört zu den wenigen Bundesstaaten, die unverändert am traditionellen Caucus-System festhalten. Weil sich dabei die Auswahl der Delegierten über einen längeren Zeitraum erstreckt und 1972 der demokratische Parteitag ungewöhnlich früh im Jahr stattfand, wurde der Caucus vorverlegt und noch vor der Vorwahl in New Hampshire veranstaltet, die bis dahin den Auftakt der Kandidatenauswahl bildete.⁵ Seither ist der Iowa-Caucus, gefolgt von der Vorwahl in New Hampshire, der Start ins Wahljahr. Aller Kritik zum Trotz verteidigt Iowa diesen Status; weil aber immer wieder andere Bundesstaaten versuchen, ihre Nominierung zeitlich vor den Iowa-Caucus zu rücken und damit Iowa um seinen Vorreiterstatus und seine politische Bedeutung zu bringen, hat Iowa inzwischen in seinem Wahlrecht festgeschrieben, dass sein Caucus vor den Nominierungsveranstaltungen jedes anderen Bundesstaates stattfinden muss.⁶

1.2. Der Wahlkampf: „wanna-be“-Präsidenten zum Anfassen

Auch die Dauer, die Intensität und die Art des Wahlkampfes machen Iowa zu etwas besonderem. Unmittelbar nach den so genannten Zwischenwahlen („midterm elections“), also gut ein Jahr vor dem Caucus, beginnt in Iowa die sogenannte „unsichtbare Vorwahl“, bei der die potentiellen Präsidentschaftskandidaten allerdings sehr sichtbar durch Iowa touren. Weil das Bewerberfeld noch weit ist und viele auf der Suche nach Aufmerksamkeit, Spenden und Unterstützern sind, bemühen sich zahlreiche Kandidaten in Veranstaltungen um den direkten Kontakt zu den Wählern.⁷ 2008 verbrachten die Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur beider Parteien bis zum Caucus insgesamt 1.194 Wahlkampfstage in Iowa – ein neuer Rekord.⁸ Dabei eröffneten sie insgesamt 123 Wahlkampfbüros im Land und erreichten die späteren Caucus-Teilnehmer besonders unmittelbar, was sich vor allem an

3 Zum Reformprozess ab 1968 siehe *L. Sandy Maisel / Mark D. Brewer*, *Parties and Elections in America. The Electoral Process*, Lanham 2010, S. 274 ff.

4 Die Einzelheiten können nach Partei und Bundesstaat variieren, siehe *John F. Bibby / Brian F. Schaffner*, *Politics, Parties, and Elections in Amerika*, Boston 2008, S. 167 ff; *Sven T. Siefken*, Vorwahlen in Deutschland? Folgen der Kandidatenauswahl nach U.S.-Vorbild, in: *ZParl.* 33. Jg. (2002), H. 3, S. 531 – 550, S. 535 ff. 2008 haben Demokraten 39 und Republikaner 42 Vorwahlen durchgeführt, siehe *Harald W. Stanley / Richard G. Niemi* (Hrsg.), *Vital Statistics on American Politics 2009 – 2010*, Washington DC 2011, S. 55.

5 Vgl. *Hugh Winebrenner / Dennis J. Goldford*, *The Iowa Precinct Caucus. The Making of a Media Event*, Iowa City 2010, S. 30 ff.

6 Iowa Code § 43.4.

7 Vgl. *Christopher C. Hull*, *The Grassroots Rules. How the Iowa Caucus Helps Elect American Presidents*, Stanford 2008, S. 71 ff.

8 Vgl. *Hugh Winebrenner / Dennis J. Goldford*, a.a.O. (Fn. 5), S. 329.

der hohen Zahl der Hausbesuche der Kandidaten und ihrer Helfer zeigt.⁹ Während die meisten Amerikaner den (Vor-)Wahlkampf nur im Fernsehen erleben, kommen die Präsidentschaftskandidaten in Iowa einem Sprichwort zufolge zum Rasen mähen und Schneeschaukeln vorbei.

Jüngere Studien behaupten sogar, es gebe einen negativen Zusammenhang zwischen intensiver TV-Wahlwerbung und dem Caucus-Ergebnis.¹⁰ Das Scheitern von Milliardär *Steve Forbes*, der 1996 im Rennen um die republikanische Kandidatur in Iowa nahezu ausschließlich auf Rundfunkwerbung setzte, schien dies zu bestätigen. Allerdings hat seither die TV-Werbung auch in Iowa kontinuierlich zugenommen; zudem zeigt der Caucus-Ausgang 2008 ein differenziertes Bild: *Barack Obama*, der den Demokratischen Caucus gewann, investierte mehr als alle andere Kandidaten in TV-Werbung; der Republikanische Sieger, *Mike Huckabee*, gab dagegen nur ein Zehntel dessen für TV-Werbung aus, was *Mitt Romney* dafür einsetzte.¹¹ Noch immer mag der Straßenwahlkampf in Iowa besonders ausgeprägt sein, aber auch dort wird inzwischen „über den Äther und in den Wohnzimmern“ um Stimmen geworben.¹²

1.3. Die Wirkung: Außenseiter-Katapult und Königsmacher?

1976 gelang *Jimmy Carter* beim Iowa-Caucus ein Überraschungserfolg. Damit legte der bis dahin weitgehend unbekannte Politiker den Grundstein für seinen Vorwählerfolg und seine anschließende Wahl zum US-Präsidenten.¹³ Damit war der Mythos begründet, dass Iowa ein Sprungbrett sei, das auch Außenseiter ins Weiße Haus katapultieren könne. Beim Iowa-Caucus würde Geld eine geringere Rolle spielen, weil Präsidentschaftskandidaten „Fernsehwerbung durch Händeschütteln ersetzen“ könnten.¹⁴ Die Ergebnisse von 2008 haben diesen Mythos insoweit genährt, als *Obama* nicht als Favorit des Demokratischen Establishments galt und *Huckabee* nur ein kleines Wahlkampfbudget hatte.¹⁵

Der Vergleich von Erfolg, Wahlkampfbudget und persönlicher Präsenz zeigt allerdings ein differenziertes Bild: *Obama* verfügte über enorme Mittel, *Huckabee* profitierte dagegen von einer großen Medienaufmerksamkeit und dem Verzicht von *John McCain* auf eine intensive Kampagne in Iowa. Nicht zu unterschätzen ist, dass auch ein flächendeckender Straßenwahlkampf Geld kostet: Es müssen Wahlkampfbüros angemietet und Personal ein-

9 2008 wurden die Caucus-Teilnehmer über die Wahlkampfmittel automatischer Telefonanruf (94 Prozent), Post (91 Prozent), persönlicher Anruf (84 Prozent), Hausbesuch (40 Prozent) und E-Mail (25 Prozent) erreicht. Vgl. *David D. Redlawsky | Caroline J. Tolbert | Todd Donovan*, a.a.O. (Fn. 2), S. 70.

10 Vgl. *Christopher C. Hull*, a.a.O. (Fn. 7), S. 96.

11 Vgl. *Hugh Winebrenner | Dennis J. Goldford*, a.a.O. (Fn. 5), S. 327.

12 *David D. Redlawsky | Caroline J. Tolbert | Todd Donovan*, a.a.O. (Fn. 2), S. 66.

13 Zur Geschichte siehe *Hugh Winebrenner | Dennis J. Goldford*, a.a.O. (Fn. 5), S. 57 ff.; dort auch das Eingangszitat auf S. 339.

14 Vgl. *Peeverill Squire*, *The Iowa Caucus, 1972 – 2008. A Eulogy*, in: *The Forum*, 5. Jg. (2008), H. 4, Article 1, S. 9.

15 *Obama* kultiviert diesen Iowa-Mythos in seinem Video-Spot, mit dem er am 4. April 2011 seine Wiederwahl-Kampagne 2012 eröffnete. Während vom „underdog senator“ die Rede war, wurden gleichzeitig Fernsehbilder von seinem Caucus-Erfolg in Iowa 2008 eingeblendet, http://www.youtube.com/watch?v=f-VZLvVF1FQ&feature=player_embedded (Abruf am 4. April 2011).

Tabelle 1: Der Erfolg, das Geld und der Straßenwahlkampf (2008)

Kandidat	Stimmen ^a (%)	Etat ^b (Mio. \$)	Präsenz ^c (Tage)	Kandidat	Stimmen ^d (%)	Etat (Mio. \$)	Präsenz (Tage)
Demokraten				Republikaner			
<i>Obama</i>	37,6	103,8	89	<i>Huckabee</i>	34,4	9,0	75
<i>Edwards</i>	29,8	44,3	110	<i>Romney</i>	25,2	90,1	77
<i>Clinton</i>	29,5	118,3	74	<i>Thompson</i>	13,3	21,8	31
<i>Richardson</i>	2,1	23,7	77	<i>McCain</i>	13,1	42,1	43
<i>Biden</i>	0,9	11,4	120	<i>Paul</i>	10,0	28,6	20
<i>Dodd</i>	0,02	16,5	105	<i>Giuliani</i>	3,5	61,6	22

^a Anteil der beim Caucus gewonnenen Kreisparteitagelegierten.

^b Nationale Wahlkampfeinnahmen bis 31. Dezember 2007.

^c Wahlkampftage in Iowa bis zum Caucus.

^d Anteil der Stimmen bei der Straw Poll.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Angaben bei *Hugh Winebrenner / Dennis J. Goldford*, a.a.O. (Fn. 5); Federal Election Commission (FEC), <http://query.nictusa.com/pres/2007/YE/> (Abruf am 16. April 2011).

gestellt werden, um Freiwillige zu rekrutieren, die für eine flächendeckende Präsenz sorgen.¹⁶ Zudem bestätigt das schlechte Abschneiden von *Christopher Dodd* und *Joe Biden*, dass große persönliche Präsenz allein auch in Iowa einem unterfinanzierten Kandidaten nicht zum Durchbruch verhelfen kann. In Iowa garantiert zwar Geld nicht den Erfolg, aber ohne ausreichenden Mitteleinsatz ist auch dort ein Erfolg die Ausnahme (vgl. Tabelle 1).

Seit *Jimmy Carters* Zeiten haben sich die Chancen für Außenseiter auch durch die Verdichtung des Vorwahlkalenders verschlechtert. Lagen 1976 noch 36 Tage zwischen Iowa und New Hampshire, waren es 2008 nur noch fünf. An die Stelle eines sukzessiven Vorwahlkampfes über mehrere Monate ist die Vorverlegung von Walterminen („front-loading“) und die zunehmende Bündelung von Vorwahlterminen in mehreren Bundesstaaten getreten („Super-Tuesday“).¹⁷ 1976 wurden bis zum März lediglich zehn Prozent der nationalen Parteitagelegierten bestimmt, im Jahr 2008 waren es bis dahin bereits 70 Prozent.¹⁸ Dies erfordert eine frühe und gleichzeitige Wahlkampfplanung in mehreren Bundesstaaten. Ein Außenseiter, der erst einen Caucus-Erfolg in Iowa braucht, um nationale Aufmerksamkeit und Unterstützung zu gewinnen, kommt im Zeitalter des front-loading viel zu spät.

Iowa ist auch kein Königsmacher. Der Blick auf den weiteren Vorwahlverlauf zeigt: Zwar erreichten sechs von sieben Demokratischen Iowa-Siegern die Nominierung ihrer Partei, bei den Republikanern gelang dies aber nur der Hälfte (vgl. Tabelle 2). *Obama* ist auch erst der dritte Präsident, der seinen Wahlsieg auf einen Caucus-Erfolg in Iowa gründen konnte. Dies liegt indes auch daran, dass sich immer wieder aussichtsreiche Bewerber entscheiden, in Iowa überhaupt nicht anzutreten. Allerdings gab es noch nie einen Präsidentschaftskandidaten, der zuvor beim Iowa-Caucus ernsthaft angetreten war und dort

16 Vgl. *David D. Redlawsky / Caroline J. Tolbert / Todd Donovan*, a.a.O. (Fn. 2), S. 84.

17 Dazu im Überblick *L. Sandy Maisel / Mark D. Brewer*, a.a.O. (Fn. 3), S. 291 f.

18 Vgl. *Elaine C. Kamarck*, *Primary Politics. How Presidential Candidates Have Shaped the Modern Nominating System*, Washington 2009, S. 23.

Tabelle 2: Iowa (k)ein Königsmacher?

Wahljahr	Caucus-Sieger	Nationaler Kandidat ^c	Caucus-Sieger	Nationaler Kandidat ^c
	Demokraten		Republikaner	
1976	<i>Carter</i>		<i>Ford</i>	
1980	<i>Carter</i>		<i>G. Bush</i>	<i>Reagan</i> (2)
1984	<i>Mondale</i>		– ^a	
1988	<i>Gephardt</i>	<i>Dukakis</i> (3)	<i>Dole</i>	<i>G. Bush</i> (3)
1992	– ^b		– ^a	
1996	– ^a		<i>Dole</i>	
2000	<i>Gore</i>		<i>G. W. Bush</i>	
2004	<i>Kerry</i>		– ^a	
2008	<i>Obama</i>		<i>Huckabee</i>	<i>McCain</i> (4)

Anmerkung: Grau = Kandidat wurde zum Präsidenten gewählt.
^a Keine Konkurrenzsituation, da Präsident erneut kandidierte.
^b Keine Konkurrenzsituation, da Iowa-Senator *Tom Harkin* (D) antrat.
^c Platzierung beim Iowa-Caucus, sofern angetreten und nicht gewonnen.
 Quelle: Eigene Zusammenstellung.

nicht unter den drei Best-Platzierten seiner Partei gelandet war.¹⁹ Der Iowa-Caucus ist daher „weniger Königsmacher, sondern mehr Bauernmacher“²⁰. In Iowa trennt sich die Spreu vom Weizen, hier lichtet sich das Kandidatenfeld; hier werden eher erfolglose Kampagnen beendet als erfolgreiche gestartet. Dabei zählt nicht allein der Sieg; entscheidend ist, ob ein Kandidat die Erwartungen an sein Abschneiden erfüllt oder nicht. Wegen des zeitlich gestaffelten Vorwahlkampfes hat ein Erfolg in Iowa auch Signalwirkung: Er belegt die (innerparteiliche) Wählbarkeit und Siegchancen eines Kandidaten und beeinflusst damit auch das Stimmverhalten der Parteigänger in anderen Bundesstaaten.²¹ 2008 etwa räumte *Obama* mit seinem Sieg in Iowa letzte Zweifel an der Durchsetzbarkeit eines schwarzen Präsidentschaftskandidaten aus. Dies sorgte für weitere Unterstützung, so dass er kurz darauf bei den Wahlkampfspenden erstmals vor der bis dahin führenden *Hillary Clinton* lag.²²

2. Der Caucus in der Praxis

2.1. Die Regeln

Der „precinct (=Bezirk) caucus“ ist eine örtliche Mitgliederversammlung der politischen Partei und die unterste Stufe der innerparteilichen Gliederung. Er findet alle zwei Jahre statt, um

19 *John McCain* trat 2000 überhaupt nicht und 2008 nicht sehr engagiert in Iowa an, da er sich als Kritiker von Landwirtschaftssubventionen und der christlichen Rechten wenig Chancen ausrechnete, vgl. *Hugh Winebrenner* / *Dennis J. Goldford*, a.a.O. (Fn. 5), S. 263 f., S. 320.

20 *Perverill Squire*, a.a.O. (Fn. 14), S. 5.

21 Vgl. *David D. Redlawsky* / *Caroline J. Tolbert* / *Todd Donovan*, a.a.O. (Fn. 2), S. 177.

22 Vgl. *Patrick Horst*, Die Präsidentschaftsvorwahlen der US-Demokraten 2008: Wie Barack Obama gegen *Hillary Clinton* gewann, in: ZParl, 40. Jg. (2009), H. 2, S. 259 – 279, S. 263 f.

den Vorstand und Vertreter für höhere Parteigliederungen zu wählen sowie Programme zu beschließen.²³ 2008 gab es bei Demokraten und Republikanern 1.781 precinct caucuses.²⁴ Seine Regeln ergeben sich aus dem Zusammenspiel von staatlichem Wahlrecht Iowas²⁵, den Vorgaben der Bundesparteien²⁶ und den Statuten der Parteien Iowas.²⁷ Laut Gesetz muss der Caucus spätestens am vierten Montag im Februar eines Wahljahres und zudem mindestens acht Tage vor Nominierungsveranstaltungen in jedem anderen Bundesstaat stattfinden.²⁸ Die Festlegung des genauen Datums überlässt das Gesetz den Parteien. Die Republikanische Partei hat für 2012 geregelt, dass der Caucus ab dem 1. Februar stattfinden kann²⁹, die Demokratische Partei schreibt in ihren Regularien einen Termin vor, der nicht früher als 29 Tage vor dem ersten Dienstag im März liegen darf.³⁰ Der Caucus wird von den Kreisvorständen der Parteien einberufen³¹, und zwar spätestens 15 Tage vorher durch eine Ankündigung in der örtlichen Zeitung.³² Der Versammlungsort muss ein öffentliches Gebäude sein oder zumindest ein Ort, der regelmäßig für öffentliche Versammlungen genutzt wird.³³ In der Praxis findet der Caucus oft in Schulen, Sporthallen oder Bibliotheken statt, wobei Demokraten und Republikaner sich am selben Abend lediglich in verschiedenen Klassenzimmern oder Sälen versammeln.

2.2. Die Teilnehmer

In Iowa findet ein geschlossener Caucus statt, das heißt es dürfen nur Wähler daran teilnehmen, die im staatlichen Wählerverzeichnis als Mitglied der jeweiligen Partei registriert sind.³⁴ Allerdings lässt das Wahlrecht zu, sich noch unmittelbar vor der Versammlung registrieren zu lassen oder seine Parteibindung zu ändern, so dass von einem „halb-geschlossenen“ Caucus gesprochen werden kann.³⁵ Die Zahl der Teilnehmer schwankt je nach Intensität des innerparteilichen Wettbewerbs: 2008 nahmen 39,6 Prozent aller Wähler, die als

23 Iowa Code § 43.4.

24 Vgl. *Hugh Winebrenner* / *Dennis J. Goldford*, a.a.O. (Fn. 5), S. 330.

25 Iowa Code, Chapter 43.

26 Vgl. Delegate Selection Rules for the 2012 Democratic National Convention, http://www.thegreenpapers.com/P12/2010-08-20-DRAFT_2012_Delegate_Selection_Rules_8_19.pdf; Call for the 2012 Democratic National Convention, http://www.thegreenpapers.com/P12/2010-08-20-DRAFT_2012_Call_for_Convention_8_19_10.pdf; The Rules of the Republican Party (GOP) 2010, http://www.gop.com/images/legal/2008_RULES_Adopted.pdf (jeweils Abruf am 25. März 2011).

27 Vgl. Satzung der Iowa Democratic Party, <http://iowademocrats.org/wp-content/uploads/2010/07/2010constitution.pdf>; 2012 Iowa Delegate Selection Plan, <http://iowademocrats.org/wp-content/uploads/2011/04/delegateplan.pdf>; Delegate Selection, Satzung der Republican Party of Iowa, <http://iowagop.org/constitution-and-bylaws/> (jeweils Abruf am 25. März 2011).

28 Iowa Code § 43.4.

29 Rule 15(a) (1) GOP-Rules, a.a.O. (Fn. 26).

30 Rule 11A DNC-Rules, a.a.O. (Fn. 26).

31 Iowa Code § 43.4.

32 Iowa Code § 43.92.

33 Iowa Code § 43.93.

34 Iowa Code § 43.92.

35 Iowa Code § 43.42; siehe zu den einzelnen Caucus- und Vorwahltypen *John F. Bibby* / *Brian F. Schaffner*, a.a.O. (Fn. 4), S. 142.

Demokraten registriert waren, teil.³⁶ Von den Republikanern waren es 20,6 Prozent. Dies führte insgesamt zu einem Rekord: Fast 360.000 Wähler, also 16,1 Prozent aller Wahlberechtigten Iowas, beteiligten sich an einem Caucus. In den Vorjahren waren diese Zahlen deutlich niedriger: 2004 waren es nur 6,1 und 2000 lediglich 6,8 Prozent.

2.3. Der Ablauf³⁷

Der Caucus der Demokraten: Bei Zusammentritt des Caucus wird zunächst ermittelt, wie viele Anhänger eines Präsidentschaftskandidaten sich mindestens zusammenfinden müssen, um einen Delegierten stellen zu können. Dazu wird die Zahl der Anwesenden durch die Zahl der Delegierten, die vom Caucus für den Kreisparteitag zu wählen sind, geteilt.³⁸ Allerdings gilt eine Fünfzehnprozent-Hürde. Kein Präsidentschaftskandidat, der weniger Zustimmung erhält, kann einen Delegierten stellen.³⁹ Anschließend entscheiden sich die Anwesenden für einen der Präsidentschaftskandidaten oder erklären sich für neutral („uncommitted“), und zwar in der Form, dass sich die jeweiligen Anhänger dieses Kandidaten in einer Ecke des Saales zusammenfinden. Oft hat der harte Kern der Anhänger dort bereits Getränke und Snacks vorbereitet, andere versuchen derweil, Unentschlossene argumentativ von den Vorzügen ihres Kandidaten zu überzeugen. Diese Phase der Gruppierung („alignment“) dauert etwa 30 Minuten. Nun erfolgt eine erste Zählung, wie viel Köpfe die einzelnen Anhängergruppen umfassen. Ergibt sich danach, dass eine Anhängergruppe nicht groß genug ist, um einen Delegierten zu stellen, erfolgt eine zweite Phase der Gruppierung („realignment“). Dabei können sich insbesondere die Angehörigen zu kleiner Gruppen neu sortieren; sie können zu den Gruppen anderer Präsidentschaftskandidaten wechseln oder versuchen, von dort Anhänger zu sich herüberzuziehen, um die Hürde bei der nächsten Zählung zu nehmen. Dieser Prozess der Neugruppierung, der oftmals mit Diskussionen und Streitgesprächen verbunden ist, dauert wiederum eine halbe Stunde. Anschließend erfolgt eine zweite Zählung; bestehen danach immer noch zu kleine Anhängergruppen, erfolgt eine dritte und letzte Phase der Gruppierung, bevor die endgültige Auszählung erfolgt. Die Delegierten werden dann auf die einzelnen Anhängergruppen beziehungsweise die Neutralen entsprechend ihrer Stärke aufgeteilt (Quotenverfahren mit Standardrundung); die anschließende Auswahl der Delegierten ist dabei Sache der einzelnen Gruppen. Nach etwa zwei bis zweieinhalb Stunden steht fest, wie sich die Zahl der Delegierten, die der Caucus zum Kreisparteitag entsendet, auf die einzelnen Präsidentschaftskandidaten verteilt.

36 Zahlen nach *Michael McDonald*, United States Election Project, http://elections.gmu.edu/voter_turnout.htm (Abruf am 28. März 2011).

37 Vgl. *David D. Redlawsky* / *Caroline J. Tolbert* / *Todd Donovan*, a.a.O. (Fn. 2), S. 52 ff.; *Henry E. Brady*, Strategy on the Campaign Trail in Iowa, in: PS, Political Science & Politics, 21. Jg. (1988), H. 2, S. 269 – 273; *William G. Mayer*, Caucuses: How They Works, What Differences They Make, in: *ders.* (Hrsg.), In Pursuit of the White House. How We Choose Our Presidential Nominees, Chatham 1996, S. 105 – 157, S. 105 ff.

38 Gemäß Iowa Code § 43.90 wird die Zahl der beim jeweiligen Caucus zu wählenden Delegierten von der Kreispartei vorher festgelegt; bei den Demokraten ist die Berechnungsgrundlage die Zahl der Demokratischen Wähler bei der letzten Präsidentschafts- und Gouverneurswahl in den einzelnen „precincts“, siehe Sec. I, A, 5.a IDP Delegate Selection Plan, a.a.O. (Fn. 27).

39 Umfassend zum Proportionalssystem der Delegiertenverteilung *Elaine C. Kamarck*, a.a.O. (Fn. 18), S. 81 ff.

Der Caucus der Republikaner: Dieser Caucus läuft schneller ab. Zu Beginn bekommen die Anwesenden Gelegenheit, mit kurzen Reden für einen der Präsidentschaftskandidaten zu werben. Anschließend erfolgt eine Meinungsumfrage („straw poll“), die laut Gesetz mit Stimmzetteln durchgeführt werden kann, was auch der Regelfall ist.⁴⁰ Die Stimmen werden umgehend ausgezählt und das Ergebnis verkündet. Anschließend erfolgt die Wahl der Delegierten zum Kreisparteitag, die vom Ergebnis der Meinungsumfrage unabhängig ist. Wer sich als Delegierter bewirbt, gibt dabei in der Regel seine Präferenz für einen Präsidentschaftskandidaten bekannt, aber anders als bei den Demokraten muss die Delegiertenverteilung nicht das Meinungsbild in der Kandidatenfrage widerspiegeln. Teils stellen die Anhänger eines dominierenden Präsidentschaftskandidaten sämtliche Delegierten, teils werden aber auch Honoratioren unabhängig von ihrer Kandidatenpräferenz gewählt.⁴¹ Wegen des schlankeren Verfahrens dauert der republikanische Caucus in der Regel kaum länger als eine Stunde.

2.4. Die Ergebnisse des Caucus – Vom Caucus zur Convention

Bei den Republikanern werden die Ergebnisse der Testwahlen in den einzelnen Mitglieder- versammlungen zusammengefasst und für ganz Iowa bekannt gemacht. Bei den Demokraten wird dagegen lediglich für ganz Iowa zusammengefasst, wie viele Delegierte zu den Kreisparteitagen die einzelnen Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur gewonnen haben.⁴² Welcher Bewerber wie viele Delegierte aus Iowa für den nationalen Nominierungs- parteitag hinter sich vereinen kann, lässt sich am Abend des Caucus⁴ nicht voraussehen. Diese Delegierten werden erst in einem gestuften Verfahren gewählt, das sich in den Wo- chen und Monaten nach dem Caucus vollzieht. Im März treten die 99 Kreisparteitage („county convention“) zusammen. Sie wählen Delegierte für vier Parteitage, deren Einzugs- gebiet den Wahlkreisen Iowas für das US-Repräsentantenhaus entspricht („congressional district convention“ beziehungsweise bei den Republikanern „district caucus“) sowie für den Bundesstaatsparteitag („state convention“), wobei dies in der Regel dieselben Personen sind. Im April werden dann bei den Wahlkreisparteitagen die ersten Delegierten für den nationalen Nominierungsparteitag gewählt; im Juni, beim Bundesstaatsparteitag, die restli- chen Delegierten (vgl. Abbildung 1).⁴³ Bei den Demokraten erfolgt dabei auf jeder Ebene eine proportionale Delegiertenverteilung mit Fünfzehnprozent-Hürde.

Wegen des zeitlich und territorial gestuften Verfahrens kann sich die letztendliche Partei- tagsdelegation gegenüber dem Votum des Caucus stark verändern (vgl. Tabelle 3). Dies liegt an der Wirkung der Fünfzehnprozent-Hürde, aber auch am Fortgang des nationalen Nominierungsprozesses, bei dem sich das Kandidatenfeld von Februar bis Juni mitunter

40 Iowa Code § 43.4.

41 Daran dürfte auch die neue Rule 15(b) (2) GOP-Rules, a.a.O. (Fn. 26), die eine proportionale Delegiertenverteilung vorsieht, nichts ändern, da es beim Caucus noch nicht um Delegierte für den nationalen Parteitag geht.

42 Siehe die einzelnen Ergebnisse seit 1972 bei *Hugh Winebrenner / Dennis J. Goldford*, a.a.O. (Fn. 5).

43 Die Demokraten wählen etwa 60 Prozent der Delegierten auf Distriktebene, die Republikaner 40 Prozent.

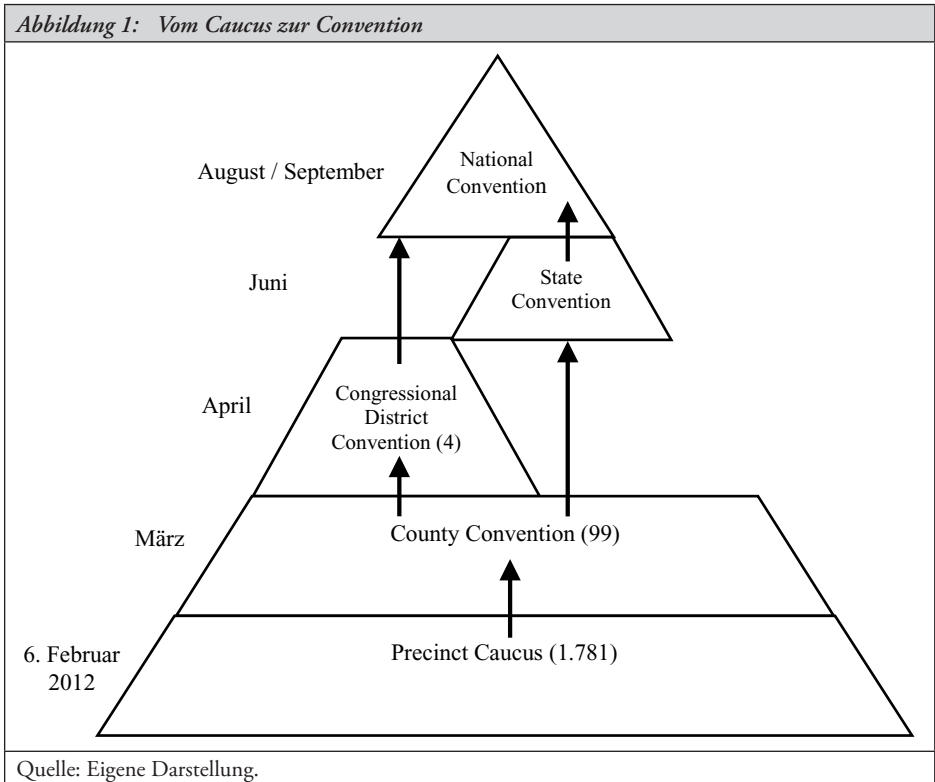


Tabelle 3: Entwicklung der Delegiertenverteilung (Demokraten 2008)

Kandidat	Kreisparteitagsdelegierte ^a	Nationale Parteitagsdelegierte ^b
<i>Obama</i>	940 (37,6%)	26 (66,6%)
<i>Edwards</i>	744 (29,8%)	4 (10,3%)
<i>Clinton</i>	737 (29,4%)	9 (23,1%)
Andere	80 (3,2%)	0

^a Nach dem Caucus vom 3. Januar 2008.
^b Nach den Wahlkreisparteitagen / Iowas Bundesstaatspartei tag im April / Juni 2008 (ohne ex-officio Delegierte).
 Quelle: <http://www.thegreenpapers.com/P08/IA-D.phtml> (Abruf am 28. März 2011).

weiter ausgedünnt hat und Delegierte im Laufe des Verfahrens andere Kandidaten unterstützen. Für die Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur bedeutet dies, dass sie ihre Kampagne mit dem Caucus in Iowa noch nicht einstellen dürfen, wenn sie sich tatsächlich die Unterstützung der Delegierten erhalten wollen.⁴⁴

44 Vgl. David D. Redlawsky / Caroline J. Tolbert / Todd Donovan, a.a.O. (Fn. 2), S. 52.

Letztlich zeigt sich hier aber, dass die Bedeutung Iowas und des Caucus nicht im Gewinn von Delegierten für die nationalen Nominierungsparteitage liegt⁴⁵, sondern vor allem symbolischer Art ist. Insgesamt ist das Caucus-to-Convention-System dem deutschen Parteienwesen mit seiner territorialen Gliederung und der gestuften innerparteilichen Meinungsbildung sehr viel ähnlicher als das Vorwahlsystem, bei dem die Parteianhänger ohne Zwischenschaltung weiterer Ebenen unmittelbar die Delegierten für die nationalen Parteitage wählen.

3. Kritik am Iowa-Caucus

Der Iowa-Caucus ist wie das gesamte Verfahren der Nominierung amerikanischer Präsidentschaftskandidaten stark umstritten. Es gilt Kritikern als „ungeordnet, chaotisch und irrational“⁴⁶, und mancher meint sogar: „Ein Großteil des Problems kann man einfach benennen: Iowa und New Hampshire.“⁴⁷ Was sind die Gründe für die scharfe Kritik?

3.1. Iowa hat zu viel Einfluss

Die grundlegende Kritik entzündet sich an dem überproportionalen Einfluss, den der kleine Bundesstaat – ebenso wie New Hampshire – mit seiner Rolle als „first-in-the-nation“ hat.⁴⁸ Dagegen haben Bundesstaaten, die ihre Vorwahl erst spät durchführen, oft keinen Einfluss mehr auf die Personalauswahl, weil ein Kandidat bereits ausreichend Delegierte gesammelt hat oder andere Bewerber sich schon zurückgezogen haben. 1988 war die Vorentscheidung für einen Kandidaten bereits gefallen, obwohl ein Drittel aller Vorwahlen noch ausstand, 2000 waren es sogar drei Fünftel, und 2008 stand *John McCain* als Kandidat der Republikaner bereits fest, bevor die Hälfte aller Staaten ihre Vorwahlen durchgeführt hatten.⁴⁹ Ein einwohnerstarker Staat wie Kalifornien, der erst spät wählte, ist dadurch benachteiligt: „Die Kandidaten kommen nur nach Kalifornien, um Geld einzusammeln. Sie gehen von einer Spendensammelfveranstaltung zur nächsten, und bevor die letzte vorbei ist, sitzen sie schon im Flugzeug nach New Hampshire und Iowa, um dort die Millionen auszugeben, die sie in Kalifornien gesammelt haben“⁵⁰, beklagte 2007 der kalifornische Gouverneur *Arnold*

45 2008 betrug der Anteil der Delegierten aus Iowa bei den nationalen Parteitagungen 1,3 Prozent (Demokraten) und 1,7 Prozent (Republikaner), <http://www.thegreenpapers.com/P08/R-Del.phtml> beziehungsweise <http://www.thegreenpapers.com/P08/D-Del.phtml> (jeweils Abruf am 28. März 2011).

46 *Melanie J. Springer* / *James L. Gibson*, Public Opinion and Systems for Nomination Presidential Candidates, in: *Steven S. Smith* / *Melanie J. Springer* (Hrsg.), *Reforming the Presidential Nomination Process*, Washington DC 2009, S. 109 – 131, S. 109.

47 *Larry J. Sabato*, Picking President Nominees: Time for a New Regime, in: *Steven S. Smith* / *Melanie J. Springer* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 46), S. 136 – 159, S. 142.

48 Vgl. *Caroline Talbot* / *Peeverill Squire*, *Reforming the Presidential Nomination Process*, in: *PS, Political Science & Politics*, 42. Jg. (2009), H. 1, S. 27 – 32, S. 29.

49 Vgl. *Barbara Norrander*, *The Imperfect Primary. Oddities, Biases, and Strengths of U.S. Presidential Nomination Politics*, New York 2010, S. 92.

50 Zitiert nach *Ewen MacAskill*, *The Presidential Race 2008: Slow Road from Iowa to Washington to be Replaced by Fast-Track Selection*, in: *The Guardian* vom 5. April 2007, S. 29.

Schwarzenegger. Als Reaktion darauf zogen 2008 insgesamt 24 Bundesstaaten – einschließlich Kalifornien – ihre Vorwahlen oder Caucusse auf Anfang Februar vor, was wiederum Iowa zwang, seinen Caucus auf den 3. Januar 2008 zu legen, den bisher frühesten Termin. Aus deutscher Perspektive wäre eine zeitlich gestaffelte Wahl mit Bekanntgabe von Zwischenergebnissen im Hinblick auf die Gleichheit der Wahl fragwürdig, weil die Chancengleichheit der Kandidaten und die Einflussgleichheit der Wählerstimmen beeinträchtigt wären.

3.2. Iowa ist nicht repräsentativ für die Vereinigten Staaten

Die Kritik an Iowa und seinem Einfluss ist auch deshalb so groß, weil dieser Bundesstaat nicht repräsentativ für die Vereinigten Staaten ist. In dem überdurchschnittlich agrarisch geprägten Bundesstaat ist die Hauptstadt Des Moines mit gut 200.000 Einwohnern die mit Abstand größte Stadt.⁵¹ Von den drei Millionen Einwohnern sind 91,3 Prozent weiß, während es bundesweit nur 72,4 Prozent sind. Dagegen liegt der Anteil der Hispanics in Iowa nur bei fünf Prozent (bundesweit 16,3 Prozent) und Schwarze / African Americans machen nur 2,9 Prozent (bundesweit 12,6 Prozent) der Bevölkerung aus. Als Ausgleich für die Vorreiterrolle Iowas (und New Hampshires) haben die Parteien ihren Vorwahlkalender inzwischen so verändert, dass auch der Caucus in Nevada und die Vorwahl in South Carolina vor allen anderen Vorwahlen stattfinden können.⁵² Der Grund: Nevada hat einen hohen hispanischen Bevölkerungsanteil, in South Carolina leben überdurchschnittlich viele Afro-Amerikaner.

3.3. Der Caucus ist nicht repräsentativ für Iowa

Kritiker behaupten zudem, dass Caucus-Teilnehmer nicht repräsentativ für die Wählerschaft seien. Dort würden sich nur eingefleischte Parteigänger beteiligen und stärker ideologisch abstimmen. Der Demokratische Caucus sei liberaler, der Republikanische stärker konservativ als die gesamte Wählerschaft der jeweiligen Partei.⁵³ Dem widersprechen indes neue Forschungen: 2008 partizipierte die Hälfte aller Teilnehmer erstmals an einem Caucus, und lediglich ein Viertel bezeichnete sich selbst als aktiv in der Parteiorganisation.⁵⁴ Ob man die vermeintlich stärkere Präsenz von Parteikandidaten als Nach- oder Vorteil wertet, hängt zudem davon ab, wie man die Frage beantwortet, wessen Präferenzen im Nominierungsverfahren zur Geltung kommen sollten: diejenigen der Parteikandidaten oder jene der Durchschnittswähler? Als Anhänger einer Parteiendemokratie deutscher Prägung würde man den Parteikandidaten eine stärkere Rolle zubilligen, während im amerikanischen Zwei-Parteien-System stets die Sorge besteht, eine zu starke Polarisierung der Parteikandidaten

51 Zahlen nach der Volkszählung („census“) 2010, <http://2010.census.gov/2010census/> (Abruf am 5. April 2011).

52 Rule 15(b) (1) GOP-Rules, a.a.O. (Fn. 26); Rule 11A DNC-Rules, a.a.O. (Fn. 26); siehe auch *Elaine C. Kamarck*, a.a.O. (Fn. 18), S. 77.

53 Vgl. *Gerald W. Wright*, Rules and Ideological Character of Primary Electorates, in: *Steven S. Smith / Melanie J. Springer* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 46), S. 23 – 43, S. 40; *Barbara Norrander*, a.a.O. (Fn. 49), S. 70.

54 Vgl. *David D. Redlawsky / Caroline J. Tolbert / Todd Donovan*, a.a.O. (Fn. 2), S. 116 f.

ließe die Masse der politischen Mitte unrepräsentiert.⁵⁵ Unbestreitbar ist jedoch, dass die höhere Repräsentativität 2008 vor allem auf die Wahlbeteiligung zurückzuführen ist; gerade sie ist aber ein weiterer Kritikpunkt.

3.4. Der Caucus ist nicht demokratisch legitimiert

Am Caucus beteiligen sich durchschnittlich weniger Wähler als an Vorwahlen.⁵⁶ Der Beteiligungsquote von 16,1 Prozent in Iowa im Jahr 2008 stand bei der Vorwahl in New Hampshire ein Wert von 51,9 Prozent gegenüber. Auch in den anderen beiden Bundesstaaten, die früh wählen, gab es eine starke Diskrepanz: Am Caucus in Nevada nahmen nur 9,5 Prozent der Wahlberechtigten teil, während in South Carolina 30,3 Prozent zur Vorwahl gingen. Für die Anhänger des Caucus beruhen diese Zahlen indes auf einer falschen Berechnungsgrundlage: Stelle man richtigerweise auf die als Parteimitglieder registrierten Wähler ab – nur diese dürften schließlich teilnehmen – komme man etwa für 2008 zu einer Wahlbeteiligung von 39 Prozent bei den Demokraten und 20 Prozent bei den Republikanern, mithin etwa 30 Prozent für ganz Iowa.⁵⁷ Als ursächlich für die generell geringere Partizipation werden der größere Zeitaufwand, die Bindung an einem bestimmten Zeitpunkt, das Fehlen einer Briefwahl und – bei den Demokraten – die offene Stimmabgabe gesehen. All dies seien illegitime Hürden für eine Teilnahme und eine Verletzung fundamentaler Prinzipien des Wahlrechts.⁵⁸ Befürworter können dagegen geltend machen, dass ein Caucus ein gänzlich anderes System ist als eine Vorwahl und daher auch mehr als eine bloße Stimmabgabe. Es entspräche dem demokratischen Ideal weit besser, dass „Nachbarn zusammenkommen und Kandidaten und Themen diskutieren, bevor sie abstimmen“⁵⁹. Aus deutscher Perspektive erscheint es fragwürdig, den Caucus an Wahlrechtsgrundsätzen zu messen, die für eine Vorwahl gelten. Dies wird den Systemunterschieden kaum gerecht; in Deutschland ist anerkannt, dass Wahlgrundsätze erst innerhalb des jeweiligen Wahlsystems wirken und verwirklicht werden müssen.⁶⁰ Die offene (innerparteiliche) Stimmabgabe, die aus deutscher Perspektive vor dem Hintergrund der Freiheit der Wahl bedenklich wäre, dürfte dagegen im US-System mit der dort üblichen Erfassung der Parteimitgliedschaft durch staatliche Wahlbehörden von geringer Bedeutung sein.

55 So auch *Gerald W. Wright*, a.a.O. (Fn. 53), S. 40.

56 Vergleichszahlen bei *Thomas E. Patterson*, *Voter Participation: Records Galore This Time, but What about Next Time?*, in: *Steven S. Smith / Melanie J. Springer* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 46), S. 44 – 63, S. 52 ff.

57 Vgl. *David D. Redlawsky / Caroline J. Tolbert / Todd Donovan*, a.a.O. (Fn. 2), S. 123.

58 Vgl. *Tova Andrea Wang*, *Has America Outgrown the Caucus? Some Thoughts on Reshaping the Nomination Contest, Issue-Brief, The Century Foundation, New York / Washington DC 2007*, S. 1, <http://tcf.org/publications/pdfs/pb629/caucusbrief.pdf> (Abruf am 11. April 2011); ähnlich *Barbara Norrander*, a.a.O. (Fn. 49), S. 69 f.

59 *Peverill Squire*, a.a.O. (Fn. 14), S. 8.

60 So das Bundesverfassungsgericht hinsichtlich der Gleichheit der Wahl, die bei Mehrheits- und Verhältniswahlssystem unterschiedliche Bedeutung habe, aber noch nicht die Entscheidung für ein System präjudiziere. Vgl. BVerfGE 95, S. 335 (S. 349).

3.5. Die Caucus-„Ergebnisse“ sind wertlos und undemokratisch

Die „Ergebnisse“, die am Caucus-Abend von den Medien verbreitet werden, sind für den Auswahlprozess insoweit wertlos, als beim Caucus kein einziger der letztlich maßgeblichen Delegierten des nationalen Parteitag gewählt wird. Auch eine seriöse Vorhersage, wie am Ende des Verfahrens die Delegiertenverteilung aussehen wird, lässt sich nicht treffen. Das Ergebnis bei den Republikanern reflektiert immerhin die Präferenzen der Parteimitglieder, doch sind diese bei der weiteren Delegiertenwahl nicht maßgebend, so dass nicht garantiert ist, dass sich der Wille der Wähler tatsächlich in der Delegiertenverteilung widerspiegelt.⁶¹ Das Ergebnis der Demokraten gibt nicht einmal die Präferenzen der Mitglieder korrekt wieder, da lediglich Zahlen über die gewählten Kreisparteitagsdelegierten verbreitet werden. Weder die Zahlen des ersten „alignments“, in dem die Wähler ihre Präferenzen frei von strategischen Erwägungen ausdrücken können, noch jene des letzten Votums werden publik. Bei der Angabe der Kreisparteitagsdelegierten fallen aber die Stimmen für Kandidaten unterhalb der Fünfzehnprozent-Hürde beziehungsweise einer noch größeren de-facto-Hürde unter den Tisch. Kritisiert wird auch, dass sich die Zahl der Delegierten, die bei einem Caucus gewählt werden, nicht nach der Zahl der teilnehmenden Wähler, sondern dem Erfolg der Demokraten bei den vorangehenden Wahlen im „precinct“ bemisst. Dies könne im Ergebnis dazu führen, dass ein Kandidat zwar im Bundesstaat die meisten Stimmen, aber nicht die meisten Delegierten erhalte.⁶² Richtig ist, dass dies zwar die Erfolgswertgleichheit der Stimmen von Caucus-Teilnehmern verschiedener Bezirke beeinträchtigt; stellt man jedoch darauf ab, dass durch die Delegierten sämtliche Mitglieder/Wähler der jeweiligen Partei im „precinct“ repräsentiert werden sollen, begegnet dies keinen Bedenken, sondern verkörpert vielmehr den Gedanken proportionaler Repräsentation.⁶³

3.6. Der Iowa-Caucus ist bloß Medienartefakt und Geldmaschine

Angesichts der wenig aussagekräftigen „Ergebnisse“ des Iowa-Caucus sehen Kritiker in ihm ein reines Medienereignis, das im kollusiven Zusammenwirken von Journalisten, Parteifunktionären und Kandidaten entstanden ist.⁶⁴ Den Medien, die zu einer „horse-race“-Berichterstattung neigten, werde damit zu Beginn des noch unübersichtlichen Vorwahljahres die Arbeit erleichtert. Die Berichterstattung drehe sich vor allem darum, ob die Kandidaten, die nicht zuletzt von den Medien selbst formulierten Erwartungen an ihr Abschneiden erfüllten oder nicht. Angesichts des „arkanen und intransparenten Caucus-Prozesses“

61 Die verzerrende Wirkung des Republikanischen Mehrheitsprinzips belegt *Barbara Norrander*, a.a.O. (Fn. 49), S. 84 f.

62 Vgl. *Todd Donovan / Rob Hunsaker*, Beyond Expectations: Effects of Early Elections in U.S. Presidential Nomination Contests, in: *PS, Political Science & Politics*, 42. Jg. (2009), H. 1, S. 45 – 52, S. 51 mit Hinweis auf dieses Phänomen beim Nevada-Caucus 2008 der Demokraten, wo – anders als in Iowa – die Ergebnisse vom Caucus veröffentlicht worden sind.

63 Auch in deutschen Parteien richtet sich die Verteilung von Delegierten auf die Gliederungen nach der Zahl der Mitglieder / Wähler, die sie repräsentieren, nicht nach der Zahl der Mitglieder, die an der Delegiertenwahl tatsächlich teilnehmen. Siehe § 13 PartG.

64 Insbesondere *Hugh Winebrenner / Dennis J. Goldford*, a.a.O. (Fn. 5), S. 337 ff.

hätten die Medien einen steigenden Einfluss auf die Beurteilung der Erfolgchancen der Kandidaten.⁶⁵ Diese wiederum erhoffen sich vom Iowa-Caucus Rückenwind für ihren Wahlkampf, und in Iowa selbst profitieren Politik und Parteien, indem sie ihre Dienste den eigenen Kandidaten gegen große Summen verkaufen⁶⁶ oder Unterstützung von potentiellen Präsidentschaftskandidaten bekommen.

4. Reform-Vorschläge – das Ende vom Iowa-Caucus

Angesichts der vielfältigen Kritik am Nominierungsverfahren⁶⁷ gibt es seit 2008 erneut eine intensive Reformdebatte⁶⁸; alle Vorschläge, die dabei diskutiert werden, würden den Iowa-Caucus um seine bisherige Bedeutung bringen.

4.1. Nationale Vorwahl

Laut Umfragen unterstützen die meisten Amerikaner die Idee einer nationalen Vorwahl, die landesweit an einem einzigen Tag stattfindet. Der erfolgreichste Bewerber wäre dann der Präsidentschaftskandidat seiner Partei.⁶⁹ Dies wäre ein einfaches und transparentes Verfahren, das Wählern in allen Bundesstaaten den gleichen Einfluss gibt.⁷⁰ Kritiker – vor allem in den Parteien selbst – halten davon wenig, weil dies die Chancengleichheit zu Gunsten bundesweit bekannter und finanziell starker Politiker verzerren würde. „Es würde dazu führen, dass ‚big money‘ und ‚big media‘ sogar noch mehr Einfluss bekämen als heute. Es wäre ein zerstörender Schlag gegen die Basis- und Bundesstaatspolitik.“⁷¹ Aus deutscher Perspektive erscheint eine zeitgleich durchgeführte nationale Vorwahl naheliegend, weil sie die Erfolgchancengleichheit der Kandidaten am besten garantiert. In Amerika wird in einer zeitlich gestaffelten Nominierung dagegen ein Gewinn gesehen, weil frühe Resultate den späteren Wählern Informationen über die Qualität und Akzeptanz der Kandidaten vermitteln können; diese Funktion wird gerade den Veranstaltungen in kleinen Bundes-

65 Vgl. *Todd Donovan / Rob Hunsaker*, a.a.O. (Fn. 62), S. 51.

66 Die Parteien verkauften 2008 an ihre Kandidaten etwa die Präsentationsfläche bei Parteiveranstaltungen (bis zu 25.000 US-Dollar) sowie Teilnehmerlisten früherer Caucusse (bis zu 100.000 US-Dollar); vgl. *Hugh Winebrenner / Dennis J. Goldford*, a.a.O. (Fn. 5), S. 318 f., S. 322.

67 Neben dem front-loading werden kritisiert: Ex-officio-Delegierte („Super-Delegierte“) der Demokraten, das winner-take-it-all-Prinzip der Republikaner, explodierende Wahlkampfkosten und die Dauer des Verfahrens.

68 Siehe etwa die Symposiumsbeiträge in der Zeitschrift *PS, Political Science & Politics*, 42. Jg. (2009), H. 2, S. 27 – 91 oder die Bücher von *Barbara Norrander*, a.a.O. (Fn. 49); *Steven S. Smith / Melanie J. Springer* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 46); *Jack Citrin / David Karol* (Hrsg.), *Nominating the President*, Lanham 2009.

69 Dabei werden auch Präferenzwahlverfahren zur Vermeidung von Stichwahlen diskutiert; vgl. *Barbara Norrander*, a.a.O. (Fn. 49), S. 105 ff.

70 Vgl. *Bruce E. Altschuler*, *Selecting Presidential Nominees by National Primary: An Idea Whose Time Has Come?*, in: *The Forum*, 5. Jg. (2008), H. 4, Artikel 5.

71 *David Price*, *The Way We Choose Presidential Nominees: Problems and Prospects*, in: *Election Law Journal*, 7. Jg. (2008), H. 2, S. 177 – 180, S. 178. Der Autor war Co-Vorsitzender einer Kommission der Demokratischen Partei zur Reform des Nominierungsverfahrens.

staaten zugeschrieben, weil die Wähler dort Gelegenheit haben, die Kandidaten persönlich zu erleben und intensiv zu prüfen.⁷²

4.2. Nach Größe, Region oder Los gestaffelte Vorwahlen

Die meisten Reformvorschläge halten daher an einer zeitlich gestaffelten Vorwahl fest, doch werden unterschiedliche Modelle für die Reihenfolge der Bundesstaaten diskutiert.⁷³ Ein Vorschlag sieht vor, die Bundesstaaten ihrer Größe nach in Gruppen einzuteilen und – beginnend mit der Gruppe der kleinsten Staaten – ihre Nominierungen zeitlich gestaffelt von März bis Juni durchzuführen. Dadurch sollen die Vorteile des Straßenwahlkampfes in kleinen Bundesstaaten erhalten werden. Allerdings stellt auch dies nicht sicher, dass beim Votum der einwohnerstärksten Staaten noch sämtliche Kandidaten im Rennen sind. Um auch große Staaten frühzeitig in den Auswahlprozess einzubinden, lautet eine andere Empfehlung, alle Bundesstaaten in vier gleichgroße, regionale Gruppen einzuteilen. Die Reihenfolge, in der Nordosten, Süden, Mittlerer Westen und Westen wählen, soll dann nach einem festen Schlüssel alle vier Jahre rotieren. Weil aber gerade die Kenntnis, wo begonnen wird, langfristige Strategien und kostenintensive Dauerwahlkämpfe ermöglicht, wollen andere zum Los greifen: Erst am 1. Januar eines Wahljahres solle entschieden werden, in welcher Region begonnen wird und in welchen beiden Bundesstaaten dieser Region der Auftakt erfolgen soll. Keiner dieser Vorschläge ist bislang realisiert worden. Dies liegt vor allem an der Gesetzgebungskompetenz: Nicht der Bund, sondern die 50 Bundesstaaten sind für das Wahlrecht zuständig. Die Staaten und ihre 100 Bundesstaatsparteien haben sehr divergierende Interessen, die bislang eine konsistente Reform verhindert haben.⁷⁴ Der einzige Weg dahin wird deshalb in einer Ergänzung der Bundesverfassung gesehen⁷⁵, die Washington zur Regelung ermächtigt. Verfassungsänderungen in den Vereinigten Staaten sind allerdings ein äußerst langwieriges Unterfangen, und daher bleibt es einstweilen beim status quo.

5. Der Iowa-Caucus 2012

Aller Kritik und allen Reformplänen zum Trotz findet der Iowa-Caucus auch 2012 wieder statt. Die nationalen Parteiführungen haben die Regeln für ihre Nominierungsparteitage festgelegt und Iowa sein Privileg belassen. Die Befürchtung, ein weiteres front-loading würde zu einem Caucus schon in der Vorweihnachtszeit 2011 führen, hat sich bisher nicht bestätigt. Die Republikanische Partei Floridas hat zwar versucht, Iowa den Rang abzulaufen und ihre Vorwahl vorzulegen, ist dabei aber auf großen Widerstand der nationalen

72 Vgl. *Caroline Tolbert / Peverill Squire*, a.a.O. (Fn. 48), S. 29; *David D. Redlawsky / Caroline J. Tolbert / Todd Donovan*, a.a.O. (Fn. 2), S. 243.

73 Zum Folgenden *Melanie J. Springer / James L. Gibson*, a.a.O. (Fn. 46), S. 133 ff.; *Barbara Norrander*, a.a.O. (Fn. 49), S. 84 ff.

74 Vgl. *David Price*, a.a.O. (Fn. 71), S. 183.

75 Vgl. *Larry J. Sabato*, a.a.O. (Fn. 47), S. 136 – 150.

Parteiführung gestoßen.⁷⁶ Aller Voraussicht nach wird daher der nächste Iowa-Caucus am 6. Februar 2012 stattfinden und damit „first-in-the-nation“ bleiben. Während bei den Demokraten *Barack Obama* als Kandidat faktisch bereits feststeht, ist bei den Republikanern das Feld weit offen. Es gibt keinen Favoriten, der sich durch eine frühere Vizepräsidentschaft, große innerparteiliche Unterstützung oder durch besonderen Erfolg beim Einwerben von Spenden auszeichnet. Es gibt auch keinen Bewerber, der „the next in the line“ wäre. *Mitt Romney*, für den dies nach einer intensiven, aber erfolglosen Kampagne 2008 am ehesten gelten könnte, hat es als Gouverneur, der in Massachusetts einst eine staatliche Krankenversicherung einführte, bei vielen Republikanern schwer. Gerade weil das Bewerberfeld noch so weit und ungeordnet ist, könnte das erste Votum beim Iowa-Caucus 2012 besonders wichtig werden. Die Republikanische Partei Iowas hat sich nach Kräften bemüht, die Bedeutung des Caucus zu unterstreichen und sicherzustellen, dass kein republikanischer Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur Iowa auslässt.⁷⁷ Alles deutet darauf hin, dass dies gelungen ist. Lediglich *Jon Huntsman* hat angekündigt beim Caucus nicht anzutreten; als Mormone verspricht er sich im christlich-evangelikalen Iowa wenig Erfolg. *Romney*, ebenfalls Mormone, versucht zwar die Erwartungen an sein Abschneiden niedrig zu halten, scheut aber einen förmlichen Verzicht. Alle anderen wichtigen Republikanischen Kandidaten widmen Iowa erneut viel Zeit, Geld und Aufmerksamkeit. Von Jahresbeginn bis Juni 2011 hatten sie bereits 87 Wahlkampftage in Iowa verbracht⁷⁸ und viel Geld an Parteifreunde und konservative Vorfeldorganisationen im Staate gespendet, um sich dort ein Unterstützernetzwerk aufzubauen.⁷⁹ *Michele Bachmann*, Abgeordnete aus Minnesota, aber in Iowa geboren, zelebrierte sogar den Auftakt ihres Wahlkampfes in ihrem Geburtsort in Iowa. All dies zeigt: Iowa hat auch 2012 nichts von seiner Bedeutung eingebüßt, sondern könnte wichtiger als je zuvor werden. Dort wird sich zeigen, wie die Chancen der Bewerber wirklich stehen, wer mit seiner Kampagne durchstarten oder sie gleich wieder einstellen kann. Die Welt hat also allen Anlass, im Februar wieder nach Iowa zu blicken, wenn das Orakel spricht und wenn der Caucus erste Hinweise gibt, wer der Herausforderer von *Barack Obama* wird.

76 Vgl. *Melanie Strakey*, Florida Republicans Negotiate over Primary, in: Roll Call vom 31. März 2011, <http://www.rollcall.com/news/-204520-1.html> (Abruf am 10. April 2011).

77 Vgl. *Ben Smith*, Brandstad Warns Against Skipping Iowa, in: Politico vom 11. Februar 2012, http://www.politico.com/blogs/bensmith/0211/Branstad_warns_against_skipping_Iowa.html (Abruf am 12. April 2011).

78 Vgl. <http://caucuses.desmoinesregister.com/data/iowa-caucus/candidate-tracker/> (Abruf am 26. Juni 2011).

79 Vgl. *Ben Smith*, Iowa Spadework, in: Politico vom 11. März 2011, http://www.politico.com/blogs/bensmith/0311/Iowa_spadework.html?showall (Abruf am 6. April 2011).